



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 182. Ratssitzung vom 18. März 2026

### 5981. 2025/432

#### **Weisung vom 24.09.2025:**

#### **Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich, Pilotprojekt Förderprogramm KlimUp, Zusatzkredit**

Antrag des Stadtrats

Für das Pilotprojekt Förderprogramm KlimUp wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 14 000 000.– gemäss GRB Nr. 2026/2023 ein Zusatzkredit von Fr. 3 000 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 17 000 000.–.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung:

**Patrick Stählin (GLP):** *In dieser Weisung geht es nicht um das Pilotprojekt Förderprogramm KlimUp selbst, sondern um den Zusatzkredit. Der Gemeinderat hat im Jahr 2023 einmalige Ausgaben von 14 Millionen Franken für ein fünfjähriges Förderprogramm bewilligt. Mit dem Pilotprojekt werden Projekte und Initiativen von Start-ups und gemeinnützigen Organisationen gefördert, die zu den Zielen des Klimaschutzes, Netto-Null und der intelligenten Ressourcennutzung beitragen. Der Stadtrat fordert nun 3 Millionen Franken für eine weitere Vergaberunde, da das gesprochene Geld bereits aufgebraucht ist. Der Fokus liegt auf der Förderung von Start-ups, da dort der Hebel am grössten ist. Der Andrang hat gezeigt, dass eine grosse Förderlücke auf dem freien Markt existiert. Wie kommen die Organisationen und Firmen zu Geld? Es gibt eine hochkarätige Fachjury, die sich aus Personen mit langjähriger Erfahrung im Start-up-Investment und aus Industriefachkräften zusammensetzt. Ein Start-up muss nicht nur einen wirtschaftlichen Erfolg, sondern auch den Nutzen für ökologische Ziele aufzeigen können. Es muss beides ausgewiesen werden, um eine Runde weiterzukommen. Es wird ein Anschub finanziert, dann müssen Gelder von externen Investoren gesucht werden. Sie müssen somit auch Externe davon überzeugen, dass die Idee am Markt funktioniert. Dann wird aus dem Förderprogramm ein Betrag bezahlt, ein sogenanntes «Matching» der Stadt Zürich. In der frühen Phase der Start-up-Förderung wurden 7,5 Millionen Franken gesprochen. Die Beträge betragen jeweils zwischen 35 000 und 250 000 Franken. Die Projektbeiträge an Non-Profit-Organisationen (NPO) beliefen sich gesamthaft auf rund 2 Millionen Franken und Beträge zwischen 5000 und 100 000 Franken. Die Preisbeiträge an Organisationen*



betragen 4 Millionen Franken und Beträge von 30 000 bis 200 000 Franken. Fünf Runden wurden bereits durchgeführt. Nur 12 Prozent der Anträge – 67 Gesuche – wurden gefördert. Ernährung, Bau und Kreislaufwirtschaft machen etwa 50 Prozent der Fördergelder aus. Das überrascht nicht, da dort die meiste graue Energie versteckt ist. 12,7 Millionen Franken wurden nach fünf Runden vergeben. Die Auszahlungen dauern bis ins Jahr 2028 an. Der Zusatzkredit würde eine Zusatzrunde ermöglichen. Während dieser Zeit soll ein Folgeprogramm entwickelt werden, basierend auf der Evaluation, die im Mai 2026 fertiggestellt wird. Das Förderprojekt ist ein Erfolgsprojekt. Es scheint für die teilnehmenden Startups zu einem Beschleunigungseffekt zu führen, weil sie dank dem Förderprogramm und der Vorprüfung der Stadt einfacher Investor\*innen finden. Was ihnen ebenfalls hilft, ist die Vernetzung mit Fachgremien und institutionellen Investor\*innen. Einen Negativpunkt will ich nicht verheimlichen: Die CO<sub>2</sub>-Reduktionen sind nicht quantifizierbar, weil es um eine Frühförderung geht. Erst in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten wird sich der Effekt zeigen. Die Frühförderung funktioniert. Es werden nicht nur Firmen, sondern auch NGO und andere Organisationen mit Strukturbeiträgen und Betriebsbeiträgen unterstützt. Es wäre schade, die 30 Prozent, die erst im zweiten Anlauf ein erfolgreiches Gesuch präsentieren, zu verlieren, wenn wir die letzte Runde nicht durchführen. Durch die Evaluation und Vorbereitung der Abstimmung entsteht eine Lücke. Für die Mehrheit der Kommission ist klar, dass diese geschlossen werden muss.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag:

**Thomas Hofstetter (FDP):** Die Minderheit der Kommission beantragt, den Änderungsantrag abzulehnen. Der Gemeinderat hat im Jahr 2023 14 Millionen Franken für das Förderprogramm KlimUp bewilligt. Bereits damals wurde im Rat eine Erhöhung der Fördermittel beschlossen. Jetzt stimmen wir erneut ab und sollen die Mittel nochmals erhöhen. Der Stadtrat hat zusätzliche 3 Millionen Franken beschlossen. Die Kommissionsmehrheit möchte den Betrag sogar auf 5,75 Millionen Franken erhöhen. Damit würden für das Pilotprojekt insgesamt fast 20 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Hier liegt das Problem. Ein Pilotprojekt hat den Zweck, Erfahrungen zu sammeln, um nachher zu entscheiden, ob und in welcher Form das Programm weitergeführt werden soll. Wenn wir Pilotprojekte bereits während der Laufzeit ausbauen, verliert das Projekt den Pilotcharakter. Mit Blick auf die finanzielle Situation der Stadt Zürich sollten wir sorgfältig mit den Ausgaben umgehen. Wenn wir heute 20 Millionen Franken ausgeben, ist das Pilotprojekt auf dem Weg zum Dauerprogramm, ohne es abschliessend beurteilen zu können. Die Minderheit beantragt, den Änderungsantrag abzulehnen.

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung:

**Yves Peier (SVP):** Die Stadt Zürich hat mit 14 Millionen Franken bereits ein grosszügig ausgestattetes Pilotprojekt bewilligt. Bevor überhaupt eine fundierte Evaluation der Wirksamkeit vorliegt, soll das Programm weiter ausgebaut werden. Das widerspricht aus unserer Sicht einer verantwortungsvollen Finanzpolitik und einer klaren Prioritätensetzung. Besonders stossend ist, dass die externen Evaluationen erst für das Frühjahr 2026 vor-



3 / 7

*gesehen sind. Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, warum wir zusätzliche Mittel sprechen sollen, bevor wir überhaupt wissen, ob das Programm seine Ziele effizient erreicht. Hinzu kommt, dass das Förderprogramm direkt in den Markt eingreift. Einzelne Start-ups und Organisationen werden selektiv unterstützt, während andere leer ausgehen. Das führt zu einer Wettbewerbsverzerrung, ohne dass eine marktwirtschaftliche Legitimation erkennbar ist. Auch die bisherigen Zahlen geben zu denken. Von 471 eingereichten Gesuchen wurden lediglich 60 bewilligt, ungefähr 13 Prozent. Das bedeutet, dass ein grosser Teil administrativer Aufwände ohne konkrete Wirkung bleibt. Eine Ausweitung dieses Systems verstärkt die Ineffizienz zusätzlich. Gerade Start-ups sollten primär durch private Investoren finanziert werden. Staatliche Fördergelder laufen Gefahr, private Initiativen zu verdrängen und Abhängigkeiten vom Staat zu schaffen. Auch das Argument einer angeblichen Programmlücke bis ins Jahr 2027 überzeugt nicht. Wenn ein Programm sinnvoll ist, soll es nach Vorliegen der Evaluation gezielt weiterentwickelt und nicht Übergangsweise künstlich verlängert werden. Der Zusatzkredit ist weder finanziell notwendig noch politisch gerechtfertigt. Lassen Sie uns zuerst die Ergebnisse der Evaluation abwarten und nachher fundiert über die Zukunft des Programms entscheiden.*

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für das Pilotprojekt Förderprogramm KlimUp wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 14 000 000.– gemäss GRB Nr. 2026/2023 ein Zusatzkredit von Fr. ~~3 000 000.–~~ 5 750 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. ~~17 000 000.–~~ 19 750 000.–.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit:	Referat: Patrick Stählin (GLP); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Dafi Muharemi (SP)
Minderheit:	Referat: Thomas Hofstetter (FDP); Christian Traber (Die Mitte), Präsidium; Murat Gediz (FDP), Yves Peier (SVP), Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 66 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2  
(Eventualantrag bei Zustimmung zum Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats)

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.



Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1. Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

2. Der Zusatzkredit soll zwei Vergaberunden zu je Fr. 2 875 000.– in den Jahren 2026 sowie 2027 finanzieren. Die Vergaberunde im Jahr 2027 hat nur bei erfolgtem Stadtratsbeschluss zur Verstetigung des Programms KlimUp zu erfolgen.

Mehrheit:	Referat: Yves Peier (SVP); Christian Traber (Die Mitte), Präsidium; Murat Gediz (FDP), Yves Henz (Grüne), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)
Minderheit:	Referat: Patrick Stählin (GLP); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Sandro Gähler (SP), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Dafi Muharemi (SP)

Patrick Stählin (GLP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 3  
(Eventualantrag bei Zustimmung zum Änderungsantrag zum Antrag des Stadtrats)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

**Thomas Hofstetter (FDP):** Der Antrag verlangt, dass die Förderbeiträge des Programms KlimUp bereits im Ratsbeschluss auf die drei Fördermassnahmen aufgeteilt werden. Die Mehrheit der Kommission lehnt diesen Antrag ab. Die konkrete Verteilung der Mittel gehört nicht in die Detailbeschlüsse des Gemeinderats, sondern in die operative Umsetzung des Programms. Das Förderprogramm arbeitet bewusst mit mehreren Förderinstrumenten, damit flexibel auf die eingereichten Projekte reagiert werden kann. Gerade weil es sich um ein Pilotprojekt handelt, ist Flexibilität wichtig. Die Nachfrage und die Qualität des Projekts können sich zwischen den Fördermassnahmen unterschiedlich entwickeln. Eine starre Aufteilung der Mittel würde die Flexibilität unnötig einschränken. Die heutige Regelung erlaubt es, die Mittel dort einzusetzen, wo die überzeugendsten Projekte eingereicht werden. Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, dass eine detaillierte Mittelzuteilung im Ratsbeschluss nicht sinnvoll oder notwendig ist.

**Yves Henz (Grüne):** Bei unserem Antrag und bei KlimUp geht es darum, auch in Zukunft auf einem lebenswerten Planeten leben zu können. Das Programm KlimUp ist sehr erfolgreich. Das sehen wir auch an der Unterstützung im Rat, an der Annahme der Erhöhung mit einer deutlichen Mehrheit. Wir streben eine Ausweitung des Programms im NPO-Bereich an. Dort schlummert noch sehr viel Potenzial. Wertvolle Projekte im Sinn einer gemeinwohlorientierten, ökologischen Wirtschaft, die das Kreislaufprinzip, nachhaltige Ernährung, erneuerbare Energien ins Zentrum stellt, wurden unterstützt. Wir stehen für eine Stadt mit Zukunft ein, in der Menschen mit jedem Portemonnaie ökologisch und menschlich leben können. Es geht um Lebensqualität und unsere Zukunft.



5 / 7

Weitere Wortmeldungen:

**Pascal Lamprecht (SP):** KlimUp ist ein gutes Beispiel konkreter Klimapolitik: Nicht mit Regulierungen, sondern durch gezielte Förderungen. Yves Peier (SVP), der Markt regelt nicht immer alles allein. Wir dürfen nachhelfen, gerade wenn es um Klimamassnahmen geht. Aus einer Marktlogik ist Planbarkeit wichtig und dass kein Unterbruch entsteht. Dafür ist der Zusatzkredit da. Aus unserer Sicht braucht es mehr Investitionen, weshalb wir der Erhöhung zugestimmt haben. Wir haben viel Sympathie für den Antrag der Grünen. Er greift jedoch zu stark ins Operative ein. Für uns ist auch wichtig, dass die NPO nicht zu kurz kommen und einen massgeblichen Teil der zusätzlichen Gelder bekommen.

**Susan Wiget (AL):** Bereits beim Gemeinderatsbeschluss im Juli 2023 stand die AL dem Förderprogramm KlimUp kritisch gegenüber. Erfolglos wollten wir damals nur die NPO unterstützen. Wir sind der Meinung, dass mit 14 Millionen Franken bereits genug Geld für Start-up-Projekte verteilt wurde. Wir wollen gewinnorientierte Unternehmen nicht unterstützen. Zusätzlich sind viele unterstützte Start-ups nicht in der Stadt Zürich ansässig. Auch wenn das Klima nicht lokal stattfindet, sollten Zürcher Projekte und das lokale Gewerbe priorisiert werden. Um das Netto-Null-Ziel zu erreichen, wäre es vor allem wichtig, unser Flugverhalten zu hinterfragen. Eine Flugreise nach Berlin verursacht achtmal mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen als mit dem Zug, wie der Netto-Null-Zwischenbericht 2025 deutlich zeigt. Die Stadtzürcher\*innen fliegen vor allem in der Freizeit, meistens für Ferien- und Städtetrips. Diese machen 84 Prozent aller Flüge aus. Es ist einfacher, Geld aus der Stadtkasse fürs gute Gewissen auszugeben, als bei sich selbst etwas zu verändern. Wichtiger wäre, sich stärker mit der Verteilungsfrage auseinanderzusetzen. Wir lehnen den Antrag des Stadtrats und den Änderungsantrag der Grünen und der GLP ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

**STR Andreas Hauri:** Danke, dass Sie zusätzliche Gelder bewilligen. Wir haben aufgezeigt, dass die Resonanz und die Innovationsfähigkeit der Stadtzürcher\*innen, Jungunternehmungen oder NPO – insbesondere im Bereich der indirekten Emissionen – hoch sind. Das Hauptziel ist die Reduktion von Emissionen. Daran wollen wir uns beim Innovationsprogramm konsequent ausrichten. Ich finde es schade, wenn wir dabei eingeschränkt werden. Es muss das oberste Ziel sein, Firmen und NPO zu unterstützen, die innovativ sind und einen massgeblichen Beitrag zur Reduktion der Treibhausgasemissionen leisten können. Je mehr Einschränkungen Sie machen, umso weniger wird zum Klimaschutz beigetragen. Lehnen sie den Antrag ab und stimmen Sie der Weisung zu.

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 3  
(Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):



6 / 7

3. Die Förderbeiträge verteilen sich folgendermassen auf die verschiedenen Fördermassnahmen:

Fördermassnahme 1: Fr. 1 800 000. –.

Fördermassnahme 2: Fr. 1 800 000. –.

Fördermassnahme 3: Fr. 2 000 000. –.

Mehrheit: Referat: Thomas Hofstetter (FDP); Christian Traber (Die Mitte), Präsidium; Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Sandro Gähler (SP), Murat Gediz (FDP), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Dafi Muharemi (SP), Yves Peier (SVP), Patrick Stählin (GLP), Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)

Minderheit: Referat: Yves Henz (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 60 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

**Sibylle Kauer (Grüne)** beantragt eine Wiederholung der Abstimmung: *Wir möchten die Abstimmung wiederholen und stellen einen Rückkommensantrag.*

**Pascal Lamprecht (SP):** *Ich bitte ebenfalls um Wiederholung der Abstimmung.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Sibylle Kauer (Grüne) stillschweigend zu.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Antrag des Stadtrats

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Referat: Patrick Stählin (GLP); Nadina Diday (SP), Vizepräsidium; Sandro Gähler (SP), Yves Henz (Grüne), Pascal Lamprecht (SP), Maleica Landolt (GLP) i. V. von Florine Angele (GLP), Dafi Muharemi (SP)

Minderheit: Referat: Yves Peier (SVP); Murat Gediz (FDP), Thomas Hofstetter (FDP), Deborah Wettstein (FDP), Susan Wiget (AL)

Enthaltung: Christian Traber (Die Mitte), Präsidium

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs.1 lit. a und c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 39 Stimmen (bei 7 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



7 / 7

Damit ist beschlossen:

Für das Pilotprojekt Förderprogramm KlimUp wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von Fr. 14 000 000.– gemäss GRB Nr. 2026/2023 ein Zusatzkredit von Fr. 5 750 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 19 750 000.–.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 25. März 2026 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 25. Mai 2026)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat